

Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Jugend macht Ansagen

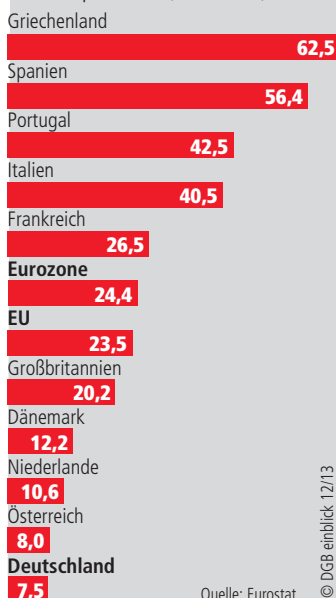
Mehr als sechs Millionen junge Menschen sind europaweit ohne Job. Insbesondere in den Eurokrisenländern gibt es kaum Perspektiven für Jugendliche – in Griechenland oder Spanien ist mehr als jede/r zweite unter 25 arbeitslos. Die EU verspricht gegenzusteuern. Sechs Milliarden Euro sollen in ein Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit fließen. Aus Sicht der Gewerkschaften ist das zu wenig.

Trotz aller politischen Beschlüsse auf EU-Ebene ist bisher nicht viel geschehen. Ein Gipfel jagt den nächsten – ohne dass es substantielle Verbesserungen der Situation der jungen Menschen in Europa gibt. Nun haben für den 3. Juli Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident François Hollande die europäischen Staats- und Regierungschefs, die Arbeits- und SozialministerInnen und andere hochrangige europäische Entscheidungsträger zur Konferenz „Neue Chancen für Europas Jugend“ ins Kanzleramt nach Berlin eingeladen.

Gemeinsam mit dem Jugendausschuss des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) nehmen

Eine verlorene Generation

Saisonbereinigte Jugendarbeitslosenquote in ausgewählten EU-Staaten, Stand: April 2013 (in Prozent)



deutsche und französische Gewerkschaften das zum Anlass, zum alternativen Jugendgipfel am gleichen Tag unweit des Kanzleramtes aufzurufen. Den Versprechen an die Jugend in Europa müssten endlich Taten folgen. Das Motto der Ge-

Mehr als sechs Millionen junge Menschen in Europa sind arbeitslos – Tendenz steigend. Vor allem in den Eurokrisenländern fehlt den Jugendlichen jede Perspektive.

werkschaftsjugend: „Jugend macht Ansagen! Stop talking – act now!“ Die Jugend brauche ökonomische Perspektiven und zwar in ihren Heimatländern, fordert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Die Gewerkschaften kritisieren: Der von der EU beschlossenen Jugendgarantie mangelt es sowohl an inhaltlicher Ausgestaltung als auch einer ausreichenden Finanzierung. Zudem führten die Spar- und Kürzungsvorgaben in den betroffenen Ländern dazu, dass eine aktive Arbeitsmarktpolitik kaum möglich ist.

Die europäischen Gewerkschaften sind sich einig: Um im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit handlungsfähig zu sein, braucht es neben einem wirksamen Sofortprogramm für Jugendbeschäftigung vor allem Zukunftsinvestitionen in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur. Und es braucht eine Stärkung der demokratischen Strukturen und die Beteiligung der Sozialpartner. Die sechs Milliarden Euro, die im Europäischen Sozialfonds für die Länder mit mehr als 25 Prozent Jugendarbeitslosigkeit reserviert wurden, reichen absehbar nicht aus, um allen betroffenen Jugendlichen die versprochene Absicherung zu geben. Laut Berechnungen der ILO und der EU-Kommission würde die Umsetzung der Jugendgarantie in den 17 Ländern der Eurozone 21 Milliarden Euro kosten. ●

Seite 3

Zu wenig

Die Bekämpfung der Steuerflucht hatte der G8-Gipfel auf der Tagesordnung. Die Ergebnisse bleiben weit hinter den Erwartungen der Gewerkschaften zurück

Seite 5

Weckruf

Eine aktuelle IG Metall-Befragung zeigt, die Parteien diskutieren im Wahlkampf bisher vollkommen an den Menschen vorbei

Seite 7

Kein Sonderopfer

Viele BeamtInnen der Länder werden nicht vom Tarifergebnis im öffentlichen Dienst profitieren. Warum das ungerecht ist, erklärt DGB-Vize Elke Hannack

plusminusBERLIN

+ **Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) kritisiert das geplante europäische Passagierdaten-Abkommen. „Ich habe sehr große Zweifel, ob wir die nächsten Datenfriedhöfe anlegen sollten.“ Amerika könne im Großen und Ganzen kein Vorbild sein.**

- **Karl Schiewerling (CDU) findet: „Sinkende Rentenzahlbeträge und insbesondere eine Rente von weniger als 700 Euro sind kein Indiz für wachsende Altersarmut.“ Manche Senioren bezögen zusätzliche Einkünfte aus Vermietung oder anderen Kapitaleinkünften.**



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dubistdiewahl.de
Online-Videowettbewerb des Deutschen Bundestages zur Bundestagswahl 2013

Hintergrund

www.dgb.de/l-isJT
DGB-Info: Rechtsanspruch auf Kita-Platz – Was Eltern wissen müssen

Hochwasser

Hilfsaktion geht weiter

Die Gewerkschaften sammeln weiter für die Opfer der Flutkatastrophe. Unter „Gewerkschaften helfen e.V.“ bittet der DGB um Spenden. Mit einer Spende von 10 000 Euro startete der DGB die Hilfsaktion. Mit dem Geld soll auch den Hochwasseropfern in den Nachbarländern geholfen werden. Alle DGB-Gewerkschaften werben um Spenden für die Flutopfer oder informieren über arbeitsrechtliche Konsequenzen. Es ist gewährleistet, dass die Spenden schnell und unbürokratisch dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Anträge auf Unterstüt-

zung können von Betroffenen der Flutkatastrophe auch direkt an den Verein Gewerkschaften helfen e.V. gerichtet werden.

Die IG Metall und ver.di bieten ihren Mitgliedern eine Soforthilfe an. Durch das Hochwasser geschädigte Mitglieder können sich beim zuständigen ver.di-Bezirk oder der IG-Metall-Verwaltungsstelle melden. Zwischen 500 und 1000 Euro Soforthilfe gibt es für die Betroffenen von ihrer Gewerkschaft.

Die EVG hat unter dem Motto „Eisenbahner helfen Eisenbahner“ eine zusätzliche Spendenaktion gestartet. Bis zum 17. Juni



Foto: Colourbox/Andromeda

Spendenkonto Gewerkschaften helfen e.V.:
 Nord LB – Konto 015 201 1490 – BLZ 250 500 00
www.gewerkschaften-helfen.de; www.ace-online.de/ace-hilfe

sind bereits knapp 109 000 Euro eingegangen, die unbürokratisch verteilt werden sollen. Bei der GEW hat der Hauptvorstand beschlossen, den Mitgliedern ebenfalls eine Notfallentschädigung zu zahlen. Die Auszahlung erfolgt über die Untergliederungen.

Der Automobilclub Europa (ACE) hat für geschädigte Mitglieder einen Sonderfonds eingerichtet. Ein Jahr lang sind sie von ihrer Beitragszahlung befreit, bei voller Leistung. Darüber hinaus hilft der Automobilclub kostenfrei bei der Bergung überfluteter Autos. ●

Griechenland

Rundfunk darf weiter senden

Die Beschäftigten des griechischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks ERT können aufatmen. Der oberste Gerichtshof hat von der Regierung verlangt, dass weiter gesendet wird. „Ein Sieg der Vernunft“, kommentiert der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke die Entscheidung. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hofft, dass die richterliche Entscheidung bei der Regierung nun zu „einem verantwortungsvollen Handeln führt“. Die griechische Regierung wurde international massiv kritisiert, weil sie ERT abgeschaltet hatte. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer

verurteilte die Schließung als einen „schweren Angriff auf die Demokratie“. Er forderte: „Medienfreiheit und Medienvielfalt müssen gerade in der Krise geschützt und bewahrt werden.“

Der Sender soll nun im Spätsommer reformiert werden. Zur Reform gehört auch eine Verkleinerung. Das Gericht verbot allerdings nicht generell die komplette

Schließung des Senders, sondern forderte, dass weiter gesendet werden müsse. ver.di erwartet, dass die angekündigte Reform zum Aufbau eines staatsfernen Senders genutzt wird. Werneke warnte aber auch davor, die Redaktionen zu stark auszudünnen. Der ERT müsse ausreichend Beschäftigte für ein qualifiziertes öffentlich-rechtliches Programm zur Verfügung stellen. ●

Asylpolitik

Menschlichkeit statt Märkte

Drei Monate vor der Bundestagswahl haben DGB, Pro Asyl und Interkultureller Rat in einem gemeinsamen Positionspapier ihre Forderungen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik an die künftige Bundesregierung vorgestellt. Die drei Organisationen fordern eine grundlegende Neuausrichtung: So müsse Armut endlich EU-weit bekämpft werden, und das Recht auf Freizügigkeit dürfe nicht länger zur Disposition gestellt werden. Grundlegend ist auch ihre Kritik an der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik, die allein auf Abwehr ausgerichtet sei und die die Verantwortung an Staaten wie Griechenland oder Italien an den EU-Außergrenzen delegiere. Um Rassismus und Diskriminierung effektiv zu bekämpfen und einzudämmen, fordern die Organisationen die Entwicklung einer handlungsorientierten Strategie zum Abbau rassistischer Vorurteile und eine zukunftsfeste Finanzierung antirassistischer Initiativen. ●

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Mieten

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Eine Mietpreisbremse, wie sie mittlerweile auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel angedacht wurde, reicht nicht aus, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu sichern. Auf der wohnungspolitischen Konferenz des DGB erklärte Vorstandsmitglied Claus Matecki: „Wohnraum darf nicht zum Spekulationsobjekt verkommen.“ Dazu sei eine Rahmengesetzgebung notwendig. Für die Gewerkschaften umfasst ein sinnvolles Konzept nicht nur Mietobergrenzen bei der Wiedervermietung. Zusätzlich muss der soziale Wohnungsbau gezielt gefördert werden. Die Umwandlung von

leerstehenden Büro- und Gewerbeflächen muss erleichtert werden.

Einen Rahmen muss es zudem für Luxusanierungen der noch bezahlbaren Wohnungen geben. Ebenso kritisch sehen die Gewerkschaften die zunehmende Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen. Um dies zu verhindern, erwartet Claus Matecki, dass nicht profitorientierte, städtische Wohnungsunternehmen und Genossenschaften gestärkt werden. Öffentliche Mittel sollten vor allem für den Bau altersgerechter und barrierefreier Wohnungen eingesetzt werden. ●

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Hilfe für Menschen statt Kommerz für Konsumenten.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Gipfel in Nordirland

Wachsweiche Beschlüsse

Die internationalen Gewerkschaften erwarten klare Regeln zur Schließung der Steueroasen und harte Maßnahmen gegen Steuerflucht. Der G8-Gipfel erfüllte diese Erwartungen nicht.

Die Steuertricksereien multinationaler Unternehmen, die dank weltweiter Steueroasen den Staaten legal Einnahmen vorenthalten, sind für die meisten Menschen nicht länger hinnehmbar. Die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten hatten sich das Thema für das diesjährige Treffen in Nordirland vorgenommen. Das Ergebnis ist eher enttäuschend. Von den klaren Maßnahmen, die die Gewerkschaften erhofften – und die von einer Gruppe der europäischen Finanzminister angekündigt waren – blieb wenig übrig. Zwar wurde ein automatischer Informationsaustausch festgelegt, doch diese Informationen gehen ausschließlich an die Steuerbehörden. Auf einen Zeitplan für die Umsetzung haben sich die G8-Länder nicht festgelegt. Die versprochene Transparenz hält sich in engen Grenzen.

Zwar gibt es durchaus Fortschritte bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, doch, so DGB-Wirtschaftsexperte Mehrdad Payandeh: „Die G8-Beschlüsse er-

füllen unsere Forderungen nicht.“ Und entsprechen auch nicht den Erwartungen der BürgerInnen. Im Vorfeld des Gipfeltreffens in Nordirland hatte der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) eine Umfrage in 13 Ländern gestartet. Das Ergebnis: 85 Prozent der Befragten wünschen sich klare Regelungen, die Steuerflucht künftig verhindert. Der IGB erwartete von den Gipfelteilnehmern konkrete Ergebnisse. Alle bisherigen Maßnahmen seien unzureichend gewesen. Das deutliche Umfrageergebnis kommentiert der DGB-Vorsitzende und IGB-Präsident Michael Sommer: „Die wütenden Proteste der Menschen zur ungerechten Sparpolitik der Troika in den Krisenländern zeigen, dass die Zeit reif ist für eine gerechte Verteilung der Lasten und zur gerechten Finanzierung der Staaten.“

Die IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow kritisiert, dass sich die G8-Länder Kanada, Deutschland, Russland, Großbritannien und die USA „nicht an die Normen des Globalen Forums für Steuertrans-

parenz halten“. So zahlten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer „für die Finanzkrise mit ihren Arbeitsplätzen, während Großkonzerne den kränkelnden Volkswirtschaften die Einnahmen vorenthalten, die sie so dringend benötigen“.

www.ituc-csi.org

www.bit.ly/GipfelErgebnis

Steuerflucht verhindern

Anteil der BürgerInnen in sechs der G-8-Staaten, die erwarten, dass Steueroasen trockengelegt werden (in Prozent)

| | |
|----------------|----|
| Großbritannien | 96 |
| Deutschland | 91 |
| Kanada | 88 |
| Frankreich | 82 |
| Russland | 75 |
| Japan | 74 |

© DGB einblick 12/13

Quelle: Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB) 2013

Im Auftrag des IGB wurden von TNS Opinion über 13 000 Menschen über 18 Jahre in 13 Nationen befragt. Insgesamt 85 Prozent sprachen sich für ein Ende der legalen Steuerflucht aus.

Sozialen Dialog stärken

Nur gemeinsam, im sozialen Dialog, können die Sozialpartner den künftigen Herausforderungen in der Arbeitswelt adäquat begegnen und weltweit menschenwürdige Arbeitsbedingungen erreichen. Das ist eine Botschaft der 102. Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf, die am 20. Juni zu Ende ging. Etwa beim demografischen Wandel: Bis 2050 wird sich der Anteil der über 60-Jährigen weltweit verdreifacht haben, und auf einen über 65-Jährigen werden nur noch vier arbeitende Menschen kommen. 2010 war das Verhältnis noch neun zu eins. Gemeinsam mit den Sozialpartnern müssten die Regierungen deshalb nachhaltige soziale Sicherungssysteme aufbauen und auch den Pflegesektor stärker in Augenschein nehmen, empfahl der zuständige Ausschuss. Die ILO soll bis zur nächsten Konferenz

überprüfen, ob die internationalen Arbeitsstandards auch den Pflegebereich ausreichend abdecken. Erstmals wurde in Genf auch debattiert, wie gewährleistet werden kann, dass die neuen „grünen“ Jobs den Anforderungen an gute Arbeit genügen. Freie Tarifverhandlungen und die Vereinigungsfreiheit sind Grundlagen des Sozialen Dialogs. Beides stand während der Krise unter Beschuss – auch im öffentlichen Dienst. Bis heute hat Deutschland die entsprechenden ILO-Richtlinien nicht ratifiziert. Über die Einhaltung der ILO-Normen zu wachen, ist auch Aufgabe der Konferenz. 25 Verstöße standen auf der Agenda des Normenüberwachungsausschusses. Unter anderem ging es um Spanien, Griechenland, die Türkei, Ägypten, Swasiland sowie Usbekistan. www.einblick.dgb.de/hintergrund

Türkei-Proteste

Seit Anfang Juni protestieren immer mehr TürkInnen gegen die Politik ihrer Regierung, die auf diese Demonstrationen mit massiver Polizeigewalt reagiert. Der DGB sieht in dem Aufbegehren der Protestierenden „einen Aufschrei nach mehr Demokratie und Teilhabe an den Entscheidungsprozessen in der Türkei“.

Die brutalen Übergriffe auf friedlich demonstrierende Menschen werden vom DGB scharf verurteilt. Der DGB unterstützt seine Partnergewerkschaften DISK und KESK, die mit ihren Streiks für mehr Demokratie und den Ausbau der Arbeitnehmerrechte kämpfen.

Sharan Burrow, Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), kritisiert, dass Ministerpräsident Erdogan offensichtlich auf Konfrontation setze. Der IGB fordert die türkische Regierung auf, „die Polizeigewalt gegen unschuldige Menschen zu beenden“. Auch Bernadette Ségol, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), protestiert und mahnt die Regierung: „Die Türkei hat ein Bekenntnis zu Europa abgegeben und ist Mitglied des Europarats. Sie muss sich auch entsprechend verhalten.“

www.einblick.dgb.de/hintergrund

mobifair e.V.

Busfahrer im Dauereinsatz

Der Verein mobifair hat einen besonders dreisten Fall von Lohndumping aufgedeckt. So schickt ein Busunternehmer im Grenzgebiet zwischen Deutschland und Tschechien seine FahrerInnen täglich 14 Stunden am Tag auf die Straße. Wie die Recherchen zeigen, ist dies kein Einzelfall. Besonders im

grenzüberschreitenden Verkehr werden Gesetze zu Arbeitszeiten und Lohnstandards oft ignoriert. Die EVG fordert deshalb für ArbeitnehmerInnen in dieser Branche, dass bestehende Lohn- und Sozialstandards angewendet werden. Die im europäischen Recht verankerte Niederlassungsfreiheit dürfe nicht zum Türöffner für Ausbeutung werden. Der Verein mobifair setzt sich für fairen Wettbewerb in der Mobilitätswirtschaft ein. •

www.mobifair.eu

Preisträgerin

Flüchtlinge im Tourbus

Die Regisseurin Julia Oelkers ist mit dem DGB-Filmpreis im Rahmen des 24. Internationalen Filmfest Emden-Norderney ausgezeichnet worden. Im Dokumentarfilm „Can't Be Silent. On Tour With Refugees“ begleitet die Filmemacherin die Band „Strom & Wasser“. Gemeinsam mit Flüchtlingen aus Afrika, Russland, dem Balkan und Afghanistan sind die Musiker auf Tour durch Deutschland. Die Band ist für die Menschen die einzige Chance, aus ihrem Leben als Asylsuchende auszubrechen. Der Film sei eine beeindruckende Mischung aus Musikfilm und politisch engagierter Dokumentation, urteilte das Publikum des Filmfestes. Der vom DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt ausgelobte Preis wird mit 7000 Euro prämiert. •

www.niedersachsen.dgb.de/IsfW

Online-Kampagne

Kein Dumping an Flughäfen

Betriebsräte der deutschen Flughäfen haben eine Online-Kampagne gestartet, um eine weitere Deregulierung der Bodenverkehrsdienste an Flughäfen zu verhindern. Alle BürgerInnen sind aufgerufen, sich auf der Kampagnen-Homepage an einer Unterschriftenaktion zu beteiligen. Sie fordert Bundestag und Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene gegen die Pläne der Kommission zu stellen.

Zudem will die Kampagne mit einem Politiker-Ranking transparent machen, welche VolksvertreterInnen sich für die Interessen der Beschäftigten einsetzen. Denn durch eine weitere Deregulierung würden sich die Arbeitsbedingungen für das Bodenpersonal auf



Gewinnmaximierung und grenzenloses Wachstum,

so lautet das Mantra vieler Manager. Doch was bedeutet das für die Kultur und die Beschäftigten in den Unternehmen? Der Dokumentarfilm „Work Hard – Play Hard“ aus dem vergangenen Jahr hat eindrücklich gezeigt, wie kühl und emotionslos ArbeitnehmerInnen in Unternehmen auf maximalen Einsatz gedrillt werden. In dem nun erschienenen **Begleitband** legen die AutorInnen Eva Bockenheimer, Carmen Losmann und Stephan Siemens dar, was aus ihrer Sicht die Quintessenz des Films ist. Das Buch liefert Hintergrundinfos, Interviews, Pressestimmen und zusätzliches Recherchematerial.

Eva Bockenheimer, Carmen Losmann, Stephan Siemens: *Work Hard – Play Hard*, Das Buch zum Film, Schüren Verlag, 219 Seiten, 19,90 Euro



Die kühle Ästhetik der modernen Arbeitswelt – eine Impression aus dem Film „Work Hard – Play Hard“

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Damit Lohnzuwächse nicht an der Zapfsäule bleiben.
 Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

den Flughäfen weiter verschlechtern. Dieses arbeitet schon jetzt meist unter strikten Vorgaben. Die Betriebsräte fürchten neben schlechten Arbeitsbedingungen Sicherheitsrisiken durch ungelernete Hilfskräfte beispielsweise beim Be- und Entladen von Flugzeugen. •

www.soziales-europa-ja.de

DGB-Jugend

Aktionsbox Übernahme

In Sachen Übernahme drängt die Zeit. Mit einer Aktionsbox will die DGB-Jugend Arbeitgeber unter Druck setzen, die bis jetzt noch keine Zusage gemacht haben, ob sie ihre Auszubildenden übernehmen wollen. Die Box enthält Infomaterial, um im Betrieb oder in der Öffentlichkeit auf die Situation hinzuweisen. Die Box mit dem Titel „Es ist fünf vor 12 – Zeit für einen Politikwechsel“ kostet fünf Euro zuzüglich Porto und Versand und kann online bestellt werden. •

www.bit.ly/box2013

interregio

••• Der **DGB NRW** hat das **Projekt „Mento“** zur Alphabetisierung in der Arbeitswelt gestartet. Der DGB-Bezirksvorsitzende Andreas Meyer-Lauber erklärt, dass rund 60 Prozent der 7,5 Millionen AnalphabetInnen berufstätig sind. Der DGB will Netzwerkstrukturen schaffen, um diese Beschäftigten zu unterstützen. So sollen MentorInnen und LernberaterInnen geschult werden, um die Menschen

über Lernangebote zu informieren. Vor allem im Baugewerbe, in der Gebäudereinigung und im Logistiksektor sei der Anteil von AnalphabetInnen hoch. Komplexere Arbeitsprozesse setzten diese Menschen besonders unter Druck. www.nrw.dgb.de/Is6I

••• Der DGB Nord hat gemeinsam mit den norddeutschen Bischöfen **„die Wiederbelebung der europäischen Idee“** gefordert.

In einer Erklärung heißt es: „Die strukturellen Probleme der EU sind nicht zuletzt die Folge einer einseitig auf Handels- und Geldpolitik ausgerichteten europäischen Integration.“ Um auf Dauer mehr zu sein als ein gemeinsamer Markt, bedürfe es einer vertieften europäischen Integration. Daran wollen Gewerkschaften und Kirchen als Impulsgeber mitwirken.

www.nord.dgb.de/IsP6

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Von Gewerkschaftern gegründet. Diese Wurzeln geben uns Halt seit 1965.
 Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Wahlkampf 2013

Weckruf an die Politik

Die Parteien diskutieren im Wahlkampf bisher völlig an den Menschen vorbei. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der IG Metall.

Insgesamt hat die Gewerkschaft rund 514 000 ArbeitnehmerInnen danach befragt, welche Themen bei der Bundestagswahl 2013 für sie wichtig sind. Allem voran fordern die ArbeitnehmerInnen eine neue Ordnung der Arbeit. So bezeichnen 88 Prozent von ihnen einen unbefristeten Arbeitsvertrag als „sehr wichtig“. 83 Prozent wollen ein verlässliches Einkommen. Über 90 Prozent fordern, dass der Niedriglohnssektor eingedämmt wird. Das sei Aufgabe der Politik, betont Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall.

Huber kritisiert, dass die Parteien bisher im Wahlkampf nicht auf die Anliegen der Menschen eingegangen sind. Neben einer neuen Ordnung der Arbeit wollen sie vor allem faire Altersübergänge, gerechte Bildungschancen und bessere Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren. Der IG Metall-Vorsitzende vermisst bislang eine Debatte über diese Fragen. „Ich sage der Politik: Sie werden die Menschen nur dann für Wahlen begeistern, wenn sie deren Themen bearbeiten“, so Huber.

Die Befragung kann den Parteien als Kompass dienen, worauf es für die Menschen ankommt. So halten es 97 Prozent für „sehr wichtig“ oder „wichtig“, die soziale Sicherung aus Renten-, Gesundheits-, Pflege-, und Arbeitslosenversicherung zu stärken. Jeweils 94 Prozent plädieren für bessere Bildungschancen und ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum.

Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, stellt klar: „Deutschlands Beschäftigte sind es leid, dass an ihnen vorbeiregnet wird.“ Den einsamen Entscheidungen in den Elfenbeintürmen von Politik und Wirtschaft setze die

IG Metall Demokratie entgegen. So sei Beteiligung ein Schlüsselthema, die Politik müsse die Interessen der Menschen mehr berücksichtigen. „Deshalb fordern wir neben einer Stärkung der Volksentscheide auf politischer Ebene auch in den

Soziale Sicherung stärken

Anteil der Befragten, die die Aussagen sehr wichtig oder wichtig finden (in Prozent)

| | |
|---|----|
| Erhalt und Stärkung der sozialen Sicherungssysteme | 97 |
| Gleiche Bildungschancen unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern | 94 |
| Ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum | 94 |
| Regulierung der Finanzmärkte und Besteuerung von Finanztransaktionen | 89 |
| Förderung Gleichstellung von Frauen und Männern | 83 |
| Mehr Verteilungsgerechtigkeit durch stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen | 81 |
| Solidarische Krisenbewältigung in Europa | 80 |

Quelle: IG Metall-Befragung „Arbeit: Sicher und fair“ 2013

Soziale Sicherung, bessere Bildungschancen, mehr Verteilungsgerechtigkeit – das sind die Themen, bei denen sich die Beschäftigten mehr Einsatz der Parteien wünschen.

Betrieben mehr individuelle Beteiligungsrechte der Beschäftigten – für alle Fragen zu ihrer Arbeitssituation“, so Wetzel.

Die Befragung zeigt: Für die Unternehmen gibt es viel zu tun. Vor allem bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in der Weiterbildung und bei altersgerechten Arbeitsplätzen sehen die Beschäftigten großen Handlungsbedarf. So geben 57 Prozent an, dass ihr Betrieb keine ausreichenden Möglichkeiten zur Weiterbildung bietet. Jede/r Zweite vermisst jegliche Unterstützung durch den Vorgesetzten. Vielen fehlt zudem schlicht das Geld, um sich eine Auszeit zur Fortbildung zu leisten. Dabei geben 70 Prozent an, dass Weiterbildung für ihren Job wichtig ist.

Die große Mehrheit der Betriebe ist nicht auf eine älter werdende Belegschaft vorbereitet. Nur vier Prozent schätzen die Situation in ihrem Betrieb als „sehr gut“ ein. 29 Prozent halten sie für „gut“. Demgegenüber stehen 48 Prozent, die in ihrem Unternehmen nur sehr wenig oder keine Vorkehrungen sehen. Dabei haben die befragten ArbeitnehmerInnen klare Vorstellungen, wie sie gesund und leistungsfähig bis zur Rente durchhalten können. So fordert ein Großteil, den Arbeitsplatz ergonomischer zu gestalten. Außerdem wollen sie Arbeitsmenge und -tempo selbst einteilen. Um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, legen rund 80 Prozent Wert auf klar festgelegte Arbeitszeiten.

Die IG Metall-Befragung ist die bislang umfassendste Erhebung zu zentralen politischen und betrieblichen Gestaltungsfragen unter Beschäftigten aus Industrie und Handwerk. Insgesamt wurden ArbeitnehmerInnen aus rund 8400 Unternehmen befragt. Knapp ein Drittel der Befragten gehört keiner Gewerkschaft an. Jeder vierte Befragte ist 35 Jahre alt oder jünger. Die IG Metall will die Ergebnisse auch für die eigene gewerkschaftliche Arbeit nutzen. 44 Prozent der Befragten geben an, dass sie sich selber stärker für die Interessen ihrer KollegInnen einsetzen wollen.

Republik der Nichtwähler

Die IG Metall fordert, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Aus gutem Grund, denn schon jetzt ist der Anteil der NichtwählerInnen besorgniserregend. Das zeigt eine Studie des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Demnach ist die Wahlbeteiligung auf allen Ebenen der Politik in den vergangenen 30 Jahren stark zurückgegangen.

Der Anteil von Nicht-WählerInnen ist in den alten Bundesländern von knapp 12 Prozent bei der Bundestagswahl 1983 auf 28,7 Prozent im Jahr 2009 gestiegen. In Ostdeutschland von 26,6 Prozent (1990) auf 36,4 Prozent (2009). Eine ernste Gefahr für die Demokratie, warnt die FES. Die AutorInnen der Studie machen aber auch Hoffnung: Viele der Nicht-WählerInnen seien „Wähler im Wartestand“ und für die Parteien mit den richtigen politischen Themen erreichbar.

Die FES-Studie als Download: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Das verkehrspolitische Herz am „richtigen“ Fleck.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

kurz & bündig



Verärgert hat NGG-Vorstandsmitglied Michaela Rosenberger auf das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle reagiert. Die Wissenschaftler behaupten, Arbeitgeber würden auf einen gesetzlichen Mindestlohn mit unbezahlten Überstunden reagieren. Rosenberger empfindet, sich dazu die geltende Rechtsprechung anzusehen.



Erneut fordert der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner einen „Masterplan Verkehr“. Die neue Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie beschränkt sich nach Ansicht der EVG wieder einmal zu sehr auf den Individualverkehr. Ein „eindeutiges Bekenntnis zur Bahn“ fehle, dabei fahre die schon heute überwiegend mit Strom – im Gegensatz zu den Autos.



Die weltweite UNI-Ikea-Gewerkschaftsallianz will Kunden und Beschäftigte über das Arbeitgeberverhalten informieren. In der Türkei oder den USA ist das Möbelhaus weder gewerkschaftsfreundlich noch zahlt es entsprechende Löhne. Die Allianz, der ver.di angehört, ist ein Netzwerk aus 40 Gewerkschaften in 16 Ländern.



Die IG Metall fordert Unternehmen in der Informations- und Telekommunikationsbranche auf, mehr Frauen zu beschäftigen. Trotz steigender Zahlen von Studienanfängerinnen im Fach Informatik, sei der Handlungsbedarf noch groß.

Mindestlohn

Immer mehr dafür

Anlässlich der Siegerehrung des DGB-Mindestlohn-Fotowettbewerbs und der Veröffentlichung der neuesten Mindestlohnfrage des DGB hat DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki einen Politikwechsel gefordert. Er kritisierte die anhaltende Blockadehaltung der Bundesregierung, die sich zuletzt weigerte, sich mit der Bundesratsinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn zu befassen. Seit Jahren befürwortet eine große Mehrheit der Deutschen die Einführungen eines gesetzlichen Mindestlohns, wie die Umfrage des DGB bestätigt (Grafik). Die Bevölkerung sei weiter als Schwarz-Gelb. Seit 2006 ist die Zustimmung zum Mindestlohn um fast 30 Prozentpunkte gestiegen. Das sei das Verdienst der Gewerkschaften und der Mindestlohnkampagne des DGB, erklärte Matecki: „Die Stimmung in der Gesellschaft hat sich gedreht,

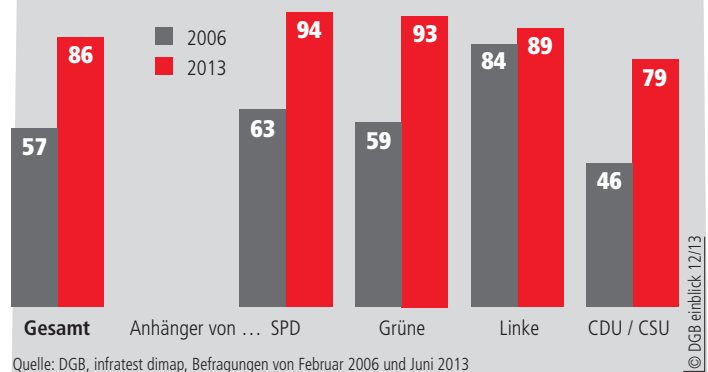
und das ist auch unser Erfolg.“ Mit ihrer Blockadehaltung handle die Regierung gegen den Willen der eigenen Anhänger. Die „blumige Formel einer Lohnuntergrenze“ bedeutet nichts anderes als einen „Als-ob-Mindestlohn“.

Ein voller Erfolg war der DGB-Mindestlohn-Fotowettbewerb. Der DGB hatte dazu aufgerufen,

fotografisch zu veranschaulichen, wie harte, schlechte, aber auch zufriedenstellende Arbeit und ihre Folgen aussehen. Über 300 Fotografien wurden eingereicht. Platz 1 ging an den ambitionierten Hobby-Fotografen Lutz Jänichen aus Berlin. Die Siegerfotos können online angesehen werden. www.mindestlohn.de

Zustimmung enorm gestiegen

Anteil der Befürworter eines gesetzlichen Mindestlohns unter allen wahlberechtigten Deutschen und nach Parteienpräferenz (in Prozent)



86 Prozent der wahlberechtigten Deutschen sprechen sich für den gesetzlichen Mindestlohn aus. Quer durch alle politischen Lager steht er hoch im Kurs – von der Linken bis zu den Unionsanhängern. Nicht messbar waren die Werte für die FDP-Anhänger: Zu wenige outeten sich in der infratest dimap-Umfrage als FDP-Wähler, um repräsentative Aussagen zu ermöglichen.

GEW - Gewerkschaftstag

40 Milliarden für die Bildung

Zusätzliche Bildungsinvestitionen von jährlich 40 Milliarden Euro hat die GEW anlässlich ihres 27. Gewerkschaftstages in Düsseldorf gefordert. Forderungen an die Politik – von der Aufhebung des Kooperationsverbots bis zu einem Tarifvertrag für angestellte Lehrkräfte – standen neben der Neuwahl des Vorstandes (siehe Seite 8) im Mittelpunkt des Kongresses.

„Inklusion, Krippenausbau und ein Tarifvertrag für angestellte Lehrkräfte stehen auch mit Blick auf die Bundestagswahl ganz oben auf meiner Agenda“, erklärte Marlis Tepe, die neue GEW-Vorsitzende. Alle Reformanstrengungen blieben Makulatur, wenn sie nicht solide durchfinanziert sind. Wir nehmen

nicht hin, dass das Bildungssystem allein zu Lasten der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten umgebaut und modernisiert werden soll“, betonte Tepe. „Inklusive Bildung in Einrichtungen mit Ganztagsangeboten lautet das Gebot der Stunde – aus bildungs-, sozial- und familienpolitischen Gründen. Wir fordern die Politik auf, die materiellen und

personellen Rahmenbedingungen für den Umbau des selektiven Bildungssystems zu einem inklusiven bereitzustellen“, so Tepe. „Wir wollen eine gute Bildung für alle, keine Benachteiligung, weder für Behinderte, noch für andere, die nicht den neoliberalen Normvorstellungen entsprechen“, bekräftigte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

DGB - Tagung

Bilanz der Energiewende

Vor rund zwei Jahren hat der Bundestag die Energiewende beschlossen. Eine „Bilanz der Energiewende“ wollen DGB und Hans-Böckler-Stiftung am 25. Juni in Berlin ziehen. Unter anderem geht es um die Fragen: Wo gibt es offene Baustellen und Defizite? Welche Weichenstellungen sind in

der kommenden Legislaturperiode wichtig, damit die Energiewende sozial gestaltet, die Umwelt geschützt und Wohlstand gesichert werden kann? ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft werden ihre Sicht darstellen und gemeinsam diskutieren. www.dgb.de/-/3TX

Öffentlicher Dienst

Kein Sonderopfer für Beamte

Bis auf Bayern will kein Bundesland das Tarifiergebnis für den öffentlichen Dienst der Länder für die BeamtInnen ohne Zeitverzögerung oder Abstriche übernehmen. Das ist ungerecht und eine Gefahr für den öffentlichen Dienst, sagt die neue stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder können sich über eine Entgelterhöhung von 5,6 Prozent für die Jahre 2013 und 2014 freuen. Das gilt nicht für die BeamtInnen, trotz gleicher Arbeitsbedingungen und vergleichbarer Aufgaben. In nahezu allen Bundesländern ist das leider Realität. Mit Ausnahme von Bayern haben sich alle Länder dafür entschieden, das Ergebnis der Tarifrunde nicht zeit- und inhaltsgleich für die BeamtInnen zu übernehmen. Für den DGB und die Gewerkschaften steht fest: **Die Übertragung zu verzögern, bedeutet für die Beschäftigten weniger Geld.**

So übertragen manche Länder das Ergebnis mit leichten Abzügen, um eine Versorgungsrücklage (z. B. Hamburg) zu bilden, andere Länder wie Sachsen-Anhalt setzen es inhaltsgleich, aber zeitverzögert um, und wieder andere wie Nordrhein-Westfalen übertragen das Ergebnis weder in voller Höhe noch ohne Zeitverzögerung. So soll es in NRW und Bremen zudem nur für bestimmte Gruppen übernommen werden. Ausschließlich Besoldungsgruppen bis A 12 sollen von der Entgelterhöhung profitieren, höhere Besoldungsgruppen schauen in die Röhre. Sie müssen inflationsbereinigt sogar Einkommenseinbußen hinnehmen.

Die bisher als selbstverständlich erachtete **Konvention „Besoldung folgt Tarif“ scheint bei den meisten Dienstherrn nicht mehr zu gelten.** Sie nehmen damit leichtfertig eine Zersplitterung des öffentlichen Dienstes in Kauf. Tarifbeschäftigte und Beamte innerhalb eines Landes werden in Konkurrenz zueinander gesetzt. Sie erledigen oft gleiche Arbeit, werden jedoch unterschiedlich entlohnt. Neben dieser länderinternen Spaltung gibt es eine zweite Bruchlinie zwischen den Ländern. Aufgrund der unterschiedlichen Besoldungsanpassungen werden die einzelnen Bundesländer zu Konkurrenten. So beträgt beispielsweise die Differenz in der Besoldungsgruppe A 5 zwischen den Ländern Berlin und Bayern heute bereits bis zu 18 Prozent.

Die durch die Föderalismusreform verursachte **besoldungsrechtliche Kleinstaaterei hat das Potenzial, den öffentlichen Dienst zu spalten.** BeamtInnen aus unterschiedlichen Ländern

sowie BeamtInnen und Tarifbeschäftigte innerhalb der Länder werden gegeneinander ausgespielt. Das gefährdet die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Die unterschiedliche Besoldung wird bereits heute als Standortvorteil genutzt. Angesichts der demografischen Entwicklung und des daraus re-



Elke Hannack ist seit dem 1. Juni stellvertretende DGB-Vorsitzende. Im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand ist sie unter anderem zuständig für den Öffentlichen Dienst und die Beamtenpolitik.

sultierenden Wettbewerbs um Fachkräfte dürfte sich die Konkurrenz in Zukunft noch verschärfen. Der öffentliche Dienst ist aber kein Privatunternehmen, das mit anderen im Wettbewerb steht. Ihm obliegen hoheitliche Aufgaben. Um diese adäquat zu erfüllen, müssen alle Beschäftigten angemessen entlohnt werden. **Die Besoldungsunterschiede wirken demotivierend.** Auch mit Blick auf den zunehmenden Wettbewerb um Fachkräfte fordern DGB und Gewerkschaften deshalb, das Tarifiergebnis einheitlich zu übertragen.

Haushaltskonsolidierung lassen wir als Grund nicht gelten. Denn die BeamtInnen haben in der Vergangenheit bereits hohe Beiträge zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erbracht. Die massive Sparpolitik darf nicht zu weiteren Opfern der Beschäftigten führen. **BeamtInnen sind keine fiskalische Manövriermasse** – ihre Arbeit ist angemessen anzuerkennen. Für viele BeamtInnen ist das Verhalten der Länder angesichts der guten allgemeinen Einkommensentwicklung ein Schlag ins Gesicht. Trotz rechtlichen Anspruchs auf Teilhabe, werden sie abgekoppelt.

Deshalb fordern wir die Länder auf: Wer als Arbeitgeber gute Arbeit verlangt, muss einen Beitrag zu fairen Bedingungen leisten. Dazu gehören neben einer qualitativ hochwertigen Ausbildung vernünftige Arbeitsbedingungen, persönliche Zukunftsperspektiven und zudem eine angemessene und gute Besoldung. •

Nicht einheitlich

Die beteiligten 15 Bundesländer – Hessen ist nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder (TDL) – haben unterschiedliche Pläne, ob und wie sie die Tarifiergebnisse im öffentlichen Dienst der Länder auf BeamtInnen übertragen. Das Tarifiergebnis sieht vor, dass Länder-Beschäftigten rückwirkend zum 1. Januar diesen Jahres 2,65 Prozent und zum 1. Januar 2014 nochmals 2,95 Prozent mehr Entgelt bekommen.

✳ *Bayern will zeit- und inhaltsgleich übernehmen.*

✳ *Rheinland-Pfalz will die Besoldung jährlich um ein Prozent anheben.*

✳ *Baden-Württemberg setzt die Ergebnisse inhaltlich gestaffelt um. Höhere Gruppen erhalten die Anpassung später.*

✳ *Berlin wird die Ergebnisse nicht übernehmen.*

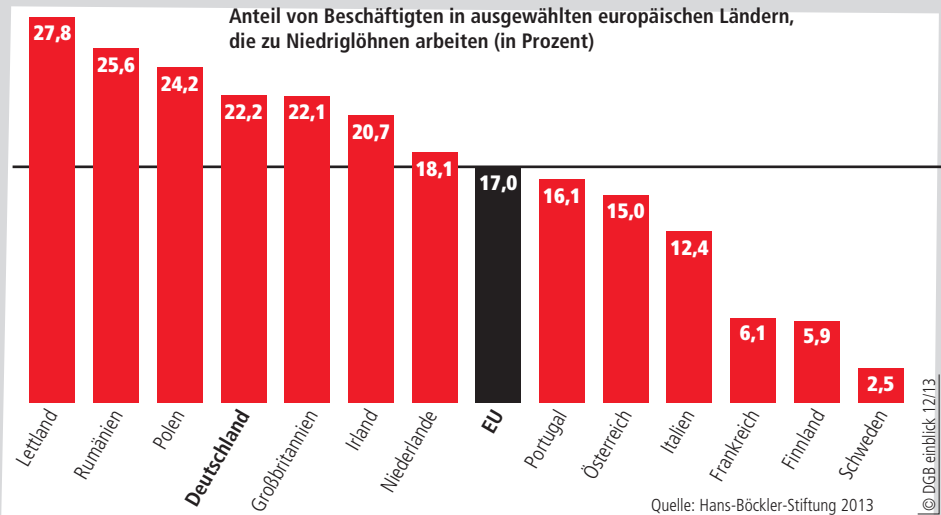
✳ *Bremen und NRW wollen zeitverzögert nur bis zur Besoldungsgruppe A 10 das Ergebnis eins zu eins übernehmen.*

✳ *Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen favorisieren eine zeitliche Verzögerung.*

✳ *Baden-Württemberg, Hamburg, Schleswig-Holstein, Thüringen führen eine Versorgungsrücklage ab.*

NIEDRIGLOHNSEKTOR: Deutschland weit über EU-Durchschnitt

Der deutsche Niedriglohnsektor ist einer der größten in der Europäischen Union. Das zeigt eine Analyse des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. 22,2 Prozent der Beschäftigten in Deutschland verdienen demnach weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohnes. Nur in den baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Zypern ist der Anteil noch größer. Das WSI erklärt: „Ein substanzieller Mindestlohn und die Stabilisierung des Tarifsystems könnten das ändern.“



personalien

••• **Marlis Tepe**, 59, ist auf dem GEW-Gewerkschaftstag in Düsseldorf zur neuen GEW-Vorsitzenden gewählt worden. Die Hauptschullehrerin aus Schleswig-Holstein tritt die Nachfolge von **Ulrich Thöne**, 62, an, der nach acht Jahren als GEW-Vorsitzender nicht wieder kandidierte. Neuer stellvertretender GEW-Vorsitzender ist **Dr. Andreas Keller**, 47, auch wiedergewählt als Leiter des Bereichs Hochschule und Forschung. Weitere, vom GEW-Gewerkschaftstag gewählte Vorstandsmitglieder sind **Norbert Hocke**, 61 (Jugendhilfe und Sozialarbeit), **Petra Grundmann**, 55

(Finanzen), **Frauke Gützkow**, 52 (Frauenpolitik), **Andreas Gehrke**, 52 (Tarif- und Beamtenpolitik), **Dr. Ilka Hoffmann**, 49 (Schule) und **Ansgar Klinger**, 49 (Berufliche Bildung und Weiterbildung).

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

24.6.-31.7. DGB, Wanderausstellung „Nicht mit uns!“ zum 80. Jahrestag der Besetzung der Gewerkschaftshäuser, Leipzig

25.6. DGB Bayern und GEW Bayern, Fachkonferenz „Bil-

dung ist Mehrwert!“, München **25.6.** DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Fachkonferenz „Bilanz der Energiewende – Stand und Ausblick nach 2 Jahren Umsetzung“, Berlin

25.6. DGB und WSI, Tagung „Tarifvertrag – allgemein, verbindlich, stark! Stabilisierung des Flächentarifvertrages durch eine Reform der Allgemeinverbindlicherklärung“, Berlin

27.6. DGB-Bezirk Sachsen und Arbeit und Leben Sachsen e. V., Konferenz zum Arbeits- und Gesundheitsschutz im Gesundheits- und Pflegebereich „Gesund für Gesundheit und Pflege“, Anna-Berg-Buchholz

27.6. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Der Niedriglohnsektor – Welche unterstützenden Maßnahmen könnten den

Menschen helfen?“, Koblenz **29.6.** DGB-Bayern und DGB Bildungswerk Bayern, Ökonomie-Fachtagung „Die Krise in Europa und die Antworten der Gewerkschaften“, München

2.7. TBS DGB Hessen, Fachtagung des Projektes Innovative Weiterbildungskonzepte für Betriebsratsarbeit, Frankfurt am Main

2.7. DGB Hessen-Thüringen, Diskussion „Umverteilen statt kaputtsparen – Perspektiven für einen aktiven Staat“, Frankfurt **3.7.** DGB Baden-Württemberg, Fachtagung „FrauenStärken“, Stuttgart

3.7. DGB NRW, ver.di NRW und Arbeit und Leben, 2. Tag für Betriebsrätinnen, Personalrätinnen und Interessenvertreterinnen „Frauen auf Erfolgskurs“, Essen

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantwortl.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor. **HINWEIS:** Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Schlusspunkt.

„Die Herausforderung für die SPD liegt darin, das gute Verhältnis, das sie vor Wahlen zu den Gewerkschaften hat, auch später in der Regierung beizubehalten.“

Der SPD-Parteivorsitzende **Sigmar Gabriel** am 14. Juni auf dem GEW-Gewerkschaftstag in Düsseldorf

Kündigung**Ein Fehler ist kein Kündigungsgrund**

Macht der Arbeitnehmer bei der Ausführung seiner Aufgaben einen Fehler, rechtfertigt das keine Kündigung, wenn nicht zu erwarten ist, dass er diesen Fehler in Zukunft wiederholen wird.

Der Fall: Die 48-jährige Arbeitnehmerin arbeitet seit 26 Jahren bei einem Bankinstitut. Zu ihren Aufgaben gehört die Überprüfung von Überweisungsbelegen und deren Korrektur. Sie hatte 603 Belege innerhalb von weniger als 1,4 Sekunden, 105 Belege innerhalb von 1,5-3 Sekunden und 104 Belege in mehr als 3 Sekunden geprüft. Dabei übersah sie einen Zahlungsbeleg, der durch einen Arbeitskollegen von 62,40 € auf 222.222.222,22 € korrigiert worden war. Der vorprüfende Kollege, nicht für die Prüfung des Betragsfelds zuständig, war bei einem Sekundenschlaf auf die Taste „2“ der Tastatur geraten und hatte diese länger gedrückt. Durch eine systeminterne Prüfungsroutine wurde der Fehler berichtet, der Bank entstand kein Schaden. Die Bank warf der Angestellten die vorsätzliche Täuschung über ihre Arbeitsleistung vor, sie habe die Belege ohne Prüfung freigegeben. Sie kündigte der Frau fristlos, hilfsweise fristgerecht. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Eine vorsätzliche Schädigung des Arbeitgebers liegt nicht vor. Nach der Vorbereitung durch den Arbeitskollegen kann der Sachbearbeiterin nur eine unterlassene Kontrolle des Überweisungsträgers vorgeworfen werden. Dies sei zwar ein schwerer Fehler gewesen. Die für eine Kündigung aus verhaltensbedingten Gründen notwendige negative Prognose ist nach Abwägung aller Umstände aber nicht erkennbar. Deshalb war der Bank hier eine Abmahnung statt einer Kündigung zumutbar.

*Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 7. Februar 2013 - 9 Sa 1315/12*

Laktoseintoleranz**Nicht immer Mehrbedarf**

Entstehen einem Hartz-IV-Empfänger mit Laktoseintoleranz aufgrund seiner vegetarischen Lebensweise keine Mehrkosten gegenüber einem Gesunden, hat er keinen Anspruch auf Gewährung eines Mehrbedarfs wegen kostenaufwändiger Ernährung.

Der Fall: Der Hartz-IV-Empfänger ist seit Jahren Vegetarier. Er verzehrt kein Fleisch, keinen Fisch bzw. keine Produkte, die Gelatine enthalten. Er machte gegenüber dem Jobcenter höhere Kosten für Milchersatzprodukte geltend, nachdem mit einem Laktosetoleranztest eine Milchzuckerunverträglichkeit festgestellt worden war. Nach Ablehnung durch das Jobcenter erhob er Klage. Diese blieb ohne Erfolg.

Das Landessozialgericht: Grundsätzlich deckt der im Rahmen der Grundsicherungsleistungen gewährte Regelbedarf („Hartz-IV“) die Kosten der gesamten Ernährung. Etwas anderes gilt bei Leistungsberechtigten, die aus medizinischen Gründen einer kostenaufwändigen Ernährung bedürfen; sie erhalten einen angemessenen Mehrbedarf. Der vom Gericht beauftragte Ernährungsberater kam in seinem ernährungswissenschaftlichen Gutachten zu dem Ergebnis, dass höhere Kosten zwar zutreffen können, wenn sich ein Laktoseintoleranter mit Fleisch und Fisch ernähre, nicht jedoch für einen sich vegetarisch Ernährenden. Aufgrund der ersparten Aufwendungen für Fleisch und Fisch habe der Mann gegenüber einem sich mit normaler Vollkost ernährenden Leistungsempfänger sogar geringfügig geringere Ausgaben.

*Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 12. März 2013 - L 6 AS 291/10*

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 12/2013

Parabolantenne**Vermieterinteresse überwiegt nicht**

Ist keine angemessene Zahl von Programmen aus dem jeweiligen Heimatland über den bereitgestellten Kabelanschluss, sondern nur über eine Parabolantenne zu empfangen, so ist das Interesse der ausländischen Mieter am Empfang von Rundfunkprogrammen ihres Heimatlandes bei der Abwägung mit den Eigentümerinteressen des Vermieters zu berücksichtigen.

*Bundesverfassungsgericht,
Beschluss vom 31. März 2013 - 1 BvR 1314/11*

Schadensersatz**Nur bei grober Fahrlässigkeit**

Die Bundeswehr kann von einem Soldaten nur dann Schadensersatz nach einem Unfall mit einem Dienstfahrzeug verlangen, wenn der Unfall von ihm grob fahrlässig verursacht wurde.

*Verwaltungsgericht Koblenz,
Urteil vom 4. Juni 2013 - 1 K 1009/12.KO*

Probezeit**Keine Kündigung wegen Rauchgeruchs**

Ein Arbeitgeber darf ein Arbeitsverhältnis in der Probezeit nicht allein mit der Begründung kündigen, die Kleidung des Arbeitnehmers rieche stark nach Zigarettenrauch, Kollegen und Kunden hätten sich darüber beschwert. In der Probezeit findet das Kündigungsschutzgesetz zwar keine Anwendung, aber das allgemeine Persönlichkeitsrecht und die allgemeine Handlungsfreiheit sind zu berücksichtigen.

*Arbeitsgericht Saarlouis,
Urteil vom 3. Juni 2013 - 1 Ca 375/12*

Gesetzliche Unfallversicherung**Fußballturnier nicht geschützt**

Ein betriebliches Fußballturnier steht, selbst wenn es von der Unternehmensleitung organisiert und finanziert worden ist, nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung, wenn das Programm nur den fußballbegeisterten Teil der Mitarbeiterschaft angesprochen hat und fast keine Beteiligung von Frauen am Turnier zu verzeichnen ist. Um unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung stehen zu können, müssen Turnier und Programm geeignet sein, die Gesamtheit der Belegschaft und nicht nur einen begrenzten Teil anzusprechen.

*Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 14. Mai 2013 - L 9 U 2557/10*

Arbeitsunfähigkeit**Das Bett hüten ist nicht zwingend**

Nimmt ein Arbeitnehmer trotz Krankschreibung an einem Bewerbungsgespräch teil, rechtfertigt das nicht die Kündigung. Zwar hat ein erkrankter Arbeitnehmer während der Krankschreibung dafür zu sorgen, dass er die Ausfallzeit kurz hält. Dies bedeutet aber nicht, dass er stets im Bett liegen muss oder die Wohnung nicht verlassen darf. Vielmehr kommt es immer auf die Art der Erkrankung an.

*Landessozialgericht Sachsen-Anhalt,
Urteil vom 29. April 2010, L 3 R 521/06*

einblick 12/2013